

10 Zusammenfassung

Anlass des vorliegenden UVP-Berichts ist die geplante Errichtung und der Betrieb von drei Windenergieanlagen (WEA) am Standort Kail in der Verbandsgemeinde Kaisersesch (Landkreis Cochem-Zell). Bei den geplanten WEA handelt es sich um zwei Anlagen des Typs Nordex N149 mit einer Nabenhöhe von 164 m und einem Rotordurchmesser von 149 m (Gesamthöhe etwa 238,5) und um eine Nordex N131 mit einer Nabenhöhe von 134 m und einem Rotordurchmesser von etwa 131 m (Gesamthöhe etwa 199,5 m).

Auftraggeberin des Gutachtens ist die RWE Renewables GmbH, Hamburg.

Der vorliegende UVP-Bericht soll der Genehmigungsbehörde als Beurteilungsgrundlage zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) dienen.

Im RROP Mittelrhein-Westerwald sollen durch die Anpassung an den LEP sowohl Vorranggebiete als auch Ausschlussgebiete (z. B. FFH-Gebiete) für Windenergienutzung festgelegt werden. Die außerhalb der vorgenannten Gebiete liegenden Räume sind der Steuerung durch die Bauleitplanung in Form von Konzentrationsflächen vorbehalten. Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung hat die ehemalige Verbandsgemeinde Treis-Karden daraufhin eine Fortschreibung des Flächennutzungsplans zur Ausweisung von Konzentrationszonen für die Windenergie durchgeführt. Nach der Änderung des Flächennutzungsplans der ehemaligen Verbandsgemeinde Treis-Karden liegen die geplanten Standorte der WEA in der Konzentrationsfläche Nr. 7 Windenergie (VERBANDSGEMEINDE TREIS-KARDEN 2012).

Es werden die unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen der geplanten WEA unter Berücksichtigung der anderen relevanten WEA auf die Schutzgüter Boden, Fläche, Wasser, Luft, Klima, Flora, Fauna, Mensch, Landschaft, Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie auf die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Schutzgütern prognostiziert und bewertet. Möglichkeiten zur Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen werden im vorliegenden Gutachten ebenso dargestellt wie die qualitativen und quantitativen Anforderungen an die Kompensation. Die Darstellung von konkreten Maßnahmen sowie eine Bilanzierung der Kompensation erfolgt auf Grundlage der „Hinweise zum Vollzug der Eingriffsregelung“ (LFUG 1998).

Die Wirkungen eines Windenergieprojekts auf die verschiedenen Schutzgüter können, ausgehend von dem Vorhaben, in anlagenbedingte, baubedingte und betriebsbedingte Wirkfaktoren gegliedert werden. Neben diesen Wirkfaktoren werden Risiken durch Störfälle, schwere Unfälle oder Katastrophen, und die Risiken von schweren Unfällen oder Katastrophen beschrieben und bewertet. Unter Berücksichtigung der verwendeten Technologien und Stoffe sowie der getroffenen Schutzmaßnahmen wer-

den die verbliebenen Restrisiken für die menschliche Gesundheit, für Natur und Landschaft sowie für das kulturelle Erbe als sehr gering eingeschätzt.

Die geplanten WEA werden insgesamt keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf das Schutzgut Klima / Luft haben. Luftverunreinigungen treten nur während der Bauphase auf (Abgase der Fahrzeuge). Beim Betrieb der Anlagen werden keine Luftschadstoffe freigesetzt. Angesichts der kleinräumigen Veränderungen und der relativ großen Abstände der WEA des Windparks untereinander ergeben sich keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen der geplanten WEA auf das Klima.

Eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzguts Boden entsteht durch die Versiegelung bzw. Teilversiegelung von Flächen und damit im Verlust von Bodenfunktionen auf einer Fläche von insgesamt etwa 13.614 m², wovon 1.219 m² voll- und 12.395 m² teilversiegelt werden. Die erheblichen Beeinträchtigungen des Schutzguts Bodens müssen ausgeglichen bzw. ersetzt werden. Gemäß den „Hinweisen zum Vollzug der Eingriffsregelung“ (HVE) (LFUG 1998) müssen teilversiegelte Flächen im Verhältnis 1:0,5 kompensiert werden. Es entsteht somit ein Ausgleichsbedarf von 7.416,5 m² (1.219 m² + 12.395 m² x 0,5). Erhebliche Beeinträchtigungen des Schutzguts Boden (Versiegelung bzw. Teilversiegelung von Flächen) werden durch die in Kapitel 8 vorgestellten Maßnahmen für das Schutzgut Flora / Biotope ebenfalls kompensiert (Multifunktionalität der Maßnahmen).

Eine Verunreinigung von Oberflächengewässern oder des Grundwassers durch Schadstoffe wird nicht erwartet. Alle unter Einsatz wassergefährdender Stoffe betriebenen Komponenten der WEA sind mit Schutzvorrichtungen gegen das Austreten von festen oder flüssigen Schmierstoffen versehen. Wasserrechtlich bedeutsame bestehende Gebiete sind durch das Vorhaben nicht betroffen. Für die vorhandenen Oberflächengewässer ist eine erhebliche Beeinträchtigung aufgrund der Entfernung zu den Bau- und Rodungsflächen des Vorhabens auszuschließen. Die geplanten WEA werden sich somit nicht erheblich nachteilig auf das Schutzgut Wasser auswirken.

Der naturschutzrechtliche Kompensationsbedarf für die beeinträchtigten Biotope beträgt in der Summe insgesamt 21.295 m² (vgl. Tab. 7.1). Der Eingriff muss durch geeignete Maßnahmen so ausgeglichen werden, dass keine erheblichen und nachhaltigen negativen Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts zurückbleiben. Die Kompensation sollte der ermittelten Eingriffsintensität quantitativ Rechnung tragen. Qualitativ sollten die Maßnahmen die durch den Eingriff gestörten Funktionen im Umfeld der WEA wiederherstellen. So kann beispielsweise als Ausgleich für die Überbauung von 1 m² eines Offenlandbiotops von mittlerer Wertigkeit 1 m² eines ökologisch geringwertigen Offenlandbiotops (z. B. intensiv genutzter Acker) in ein hochwertiges Offenlandbiotop (z. B. artenreiches Extensivgrünland) überführt werden.

Die Prognose und Bewertung der zu erwartenden Auswirkungen auf die Fauna ergab, dass die Errichtung und der Betrieb der geplanten WEA nicht gegen die Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG verstoßen werden, wenn geeignete Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen bzgl. Fledermäusen sowie bzgl. der Arten Rotmilan, Waldkauz und Feldlerche sowie Haselmaus durchgeführt werden.

Etwaige entstehende erhebliche Beeinträchtigungen im Sinne der Eingriffsregelung in Bezug auf Fledermäuse sowie auf die Arten Waldkauz und Hohltaube könnten bei Bedarf durch Maßnahmen kompensiert werden. Geeignete Maßnahmen werden in dem vorliegenden Gutachten beschrieben. Zunächst muss aber, nachdem die Bauflächen ausgepflockt worden sind, überprüft werden, ob es überhaupt zu einer solchen Beeinträchtigung kommen wird.

Bei der Beurteilung der Schwere der Auswirkungen ist die Bedeutung eines Raums bezüglich des Landschaftsbilds zu berücksichtigen. Windenergieprojekte dürften zu besonders schweren nachteiligen Auswirkungen führen, wenn zum einen dem betroffenen Raum in weiten Teilen eine sehr hohe Bedeutung für das Landschaftsbild zugewiesen werden kann und zum anderen das Landschaftsbild aufgrund einer großen Zahl von WEA in starkem Maße überprägt wird.

Erheblich negative Auswirkungen auf das Landschaftsbild und landschaftsgebundene Erholungsnutzung im Moseltal können weitestgehend ausgeschlossen werden. Dies konnte sowohl durch die Sichtbereichsanalyse als auch durch die Fotosimulationen bestätigt werden. Südlich der Mosel beschränken sich die Sichtbeziehungen aufgrund des hohen Bewaldungsgrad und dem bewegten Relief auf die Offenlandflächen. Nördlich der Mosel ergeben sich großflächige Sichtbereiche auf den Offenlandflächen um die Ortslagen. Dabei ist allerdings die Vorbelastung durch zahlreiche bestehende WEA, die Autobahn A48 und einer Hochspannungsleitung im Umfeld des Vorhabens zu berücksichtigen.

Erhebliche nachteilige Auswirkungen im Sinne des UVPG auf das Landschaftsbild werden insgesamt nicht erwartet. Das Vorhaben stellt dennoch einen Eingriff in das Landschaftsbild dar, der gem. § 15 BNatSchG, zu kompensieren ist. Die Landeskompensationsverordnung des Landes Rheinland-Pfalz sieht hierfür eine Ersatzzahlung vor.

Insgesamt beträgt die Höhe der Ersatzzahlung für die drei geplanten WEA 288.351,64 €.

Im Umfeld der geplanten Standorte liegt ein vom RROP Mittelrhein-Westerwald (PLANUNGSGEMEINSCHAFT MITTELRAIN-WESTERWALD 2017) ausgewiesenes landschaftsprägendes Kulturdenkmal. Zudem liegen fünf weitere raumwirksame Kulturdenkmäler wie Kirchen und Häuser im Untersuchungsraum. Da eine substantielle sowie eine funktionale Betroffenheit von Baudenkmalern aufgrund der Entfernung ausgeschlossen ist, beschränkt sich die Ermittlung der Betroffenheit auf mögliche Beeinträchtigungen von Sichtbeziehungen bzw. des Erscheinungsbilds der landschaftsprägenden Denkmäler. Erhebliche Beeinträchtigungen des Erscheinungsbilds der Kulturdenkmäler können nach eingehender Prüfung ebenfalls ausgeschlossen werden

Sonstige Sachgüter sind im Untersuchungsraum in Form der land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen, Wirtschaftswege und Straßen vorhanden. Diese werden vom Vorhaben nicht erheblich beeinträchtigt.

Durch das geplante Vorhaben werden sich somit keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter ergeben.

Der gesamte Untersuchungsraum liegt im Landschaftsschutzgebiet „Moselgebiet von Schweich bis Koblenz“ (07-LSG-71-2). Vor dem Hintergrund der im vorliegenden Gutachten aufgeführten Aspekte wird nicht davon ausgegangen, dass die geplanten WEA eine dem Schutzzweck des Landschaftsschutzgebiets zuwiderlaufende Wirkung entfalten werden.

Die Standorte der geplanten WEA werden vom FFH-Gebiet „Moselhänge und Nebentäler der unteren Mosel“ (FFH-5809-301) sowie vom Vogelschutzgebiet „Mittel- und Untermosel“ (VSG-5809-401) eingeraht.

Die räumlich benachbarte Lage zu den Gebieten wirft die Frage auf, ob das Vorhaben geeignet ist, das Gebiet einzeln oder im Zusammenwirken mit anderen Projekten oder Plänen erheblich zu beeinträchtigen (Artikel 6 Abs. 3 der Richtlinie 92/43/EWG Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie).

Auf Grundlage der vorliegenden Daten und vor dem Hintergrund der zu erwartenden artspezifischen Empfindlichkeiten gegenüber den bau-, anlage- und betriebsbedingten Wirkungen des Vorhabens wird nicht erwartet, dass das Vorhaben zu einer Beeinträchtigung der Schutzzwecke, der Erhaltungsziele sowie der maßgeblichen Bestandteile des FFH-Gebiets führen wird. Auch erhebliche Summationswirkungen mit anderen Projekten werden nicht erwartet.

Vor diesem Hintergrund wird die Durchführung einer FFH-Verträglichkeitsprüfung nicht für erforderlich gehalten.

Der Standort und die Bauflächen der geplanten WEA 2 sowie die komplette Zuwegung der WEA 1 und 2 liegen innerhalb des schutzwürdigen Biotops „Wald östlich Siedlung Wirfus“ (BK-5809-0050-2007). Für den Ausbau der Zuwegung werden nahezu ausschließlich die Wegseitenränder des bestehenden Wirtschaftsweges genutzt, sodass nur punktuell Bäume gerodet werden müssen. Der Standort sowie der überwiegende Teil der Bauflächen befinden sich im Bereich eines mittelalten Douglasienbestands, der eine geringe bis mittlere ökologische Wertigkeit besitzt, in besonders schützenswerte Baumbestände wird dabei jedoch nicht eingegriffen. Weitere Teile der Bauflächen der geplanten WEA 2 liegen zudem in einem gering bis mittelwertigen Lärchenmischwald und einer Schlagflur. Durch das Vorhaben werden somit keine besonders schützenswerten Bestände des ausgewiesenen Waldareals beansprucht.

Erhebliche Beeinträchtigungen weiterer geschützter oder schutzwürdiger Biotope des Biotopkatasters durch das geplante Vorhaben sind aufgrund der gegebenen Abstände auszuschließen.

Es ergeben sich somit keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf geschützte und schutzwürdige Teile von Natur und Landschaft.

Die geplanten WEA werden keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen im Sinne des UVPG auf das Schutzgut Mensch haben. Die Auswirkungen durch Schallimmissionen und Schattenwurf wurden im Rahmen eigenständiger Gutachten prognostiziert. Aus Sicht des Schallimmissionsschutzes bestehen unter den dargestellten Bedingungen *„keine Bedenken gegen die Errichtung und den uneingeschränkten Betrieb der geplanten Windenergieanlagen während der Tages- und Nachtzeit“*. Hinsichtlich der prognostizierten Schattenwurfdauer sollte die Genehmigung aufgrund zu erwartender Überschreitungen der jeweiligen Richtwerte mit der Maßgabe von Auflagen erteilt werden.

Da die geplanten WEA mit einer Eisansatzerkennung ausgestattet sind, ist nicht von einer Gefährdung durch Eisauswurf auszugehen. Es kann aber nicht verhindert werden, dass beim Abtauen des Eises Eisstücke herabfallen. Eine Gefährdung von Personen und Sachgütern kann so gut wie ausgeschlossen werden, solange sie sich auf den öffentlichen Wegen aufhalten. Vorsorgend sollten Warnhinweise angebracht werden.

Die vorgeschriebenen Abstände nach LEP IV von 1.100 m und 1.000 m zur nächstgelegenen Ortschaft werden eingehalten.

Als Wechselwirkungen gelten im Verständnis des UVPG sämtliche Auswirkungen eines Projekts auf die Wechselbeziehungen zwischen zwei oder mehr Teilen eines (Öko-)Systems. Die Wechselbeziehungen werden im Umfeld des Projektgebiets durch die intensive anthropogene Nutzung (intensive Forstwirtschaft und Landwirtschaft) deutlich geprägt. Die durch das geplante Vorhaben zu erwartenden Beeinträchtigungen der abiotischen Faktoren wirken in den meisten Fällen lediglich kleinräumig, so dass sie sich nicht in nennenswertem Maße auf Wechselbeziehungen zwischen einzelnen Schutzgütern auswirken werden.

Die voraussichtliche Entwicklung der Umwelt bei Nichtdurchführung des Vorhabens (auch als „Nullvariante“ bezeichnet) wird im Rahmen des vorliegenden Berichts schutzgutbezogen dargestellt. Es ist zu erwarten, dass sich die Schutzgüter im Projektgebiet bei Nichtdurchführung des Vorhabens auf Grundlage der strukturellen Rahmenbedingungen (Gebiet mit intensiver Grünlandnutzung und forstwirtschaftlich genutzten Flächen) im Zuge der natürlichen, nutzungsbedingten und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen weiterentwickeln werden.

Möglichkeiten zur Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen der Schutzgüter sowie der im Sinne der naturschutzfachlichen Eingriffsregelung entstehende Kompensationsbedarf von nicht vermeidbaren Eingriffen werden im vorliegenden Bericht aufgeführt. Die aufgeführten Maßnahmen

sollen - sofern sie nicht ohnehin vorgesehen sind - bei dem geplanten Vorhaben berücksichtigt werden. Die vorgesehenen Baumaßnahmen sind so geplant, dass keine hochwertigen Biotoptypen betroffen sein werden. Die genannten Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen betreffen nicht nur die Schutzgüter Boden und Pflanzen, sondern auch das Schutzgut Tiere (Lebensraumfunktionen von Flächen). Die trotz der dargestellten Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen zu erwartenden erheblichen Beeinträchtigungen der genannten Schutzgüter sind im Sinne der Eingriffsregelung mit geeigneten Maßnahmen auszugleichen bzw. zu ersetzen.

Die Maßnahmen zur Kompensation der durch das Vorhaben entstehenden Eingriffe werden gesondert im Rahmen des Berichts dargestellt und bewertet. Die entstehenden Eingriffe können durch die Maßnahmen vollständig kompensiert werden.

Eine Alternativprüfung ergab, dass durch Anpassung der Infrastrukturmaßnahmen und der WEA-Standorte das Vorhaben die Variante mit den geringsten negativen Auswirkungen auf die einzelnen Schutzgüter darstellt.

Laut § 6 Abs. 4 Nr. 3 UVPG sind „Hinweise auf Schwierigkeiten, die bei der Zusammenstellung der Angaben aufgetreten sind, zum Beispiel technische Lücken oder fehlende Kenntnisse“ in den Unterlagen zur Umweltverträglichkeitsprüfung aufzuführen. Besondere Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der im vorliegenden Gutachten dargestellten, unter Beachtung des aktuellen Wissensstandes erhobenen Angaben traten nicht auf.

Unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung und den darüber hinaus vorgesehenen Kompensationsmaßnahmen sind durch die geplante Errichtung und den Betrieb der beiden geplanten Windenergieanlagen – auch unter Berücksichtigung möglicher zusammenwirkender Auswirkungen mit anderen bestehenden bzw. vorbeantragten Windenergieanlagen, Plänen oder Projekten – aller Voraussicht nach keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen im Sinne des UVPG zu erwarten.

Abschlusserklärung

Es wird versichert, dass das vorliegende Gutachten unparteiisch, gemäß dem aktuellen Kenntnisstand und nach bestem Wissen und Gewissen angefertigt wurde. Die Datenerfassung, die zu diesem Gutachten geführt hat, wurde mit größtmöglicher Sorgfalt vorgenommen.

Dortmund, den 17. Dezember 2021



André Elsche, M.Sc.-Geogr.

Gender-Erklärung:

Zur besseren Lesbarkeit werden in diesem Gutachten ggf. personenbezogene Bezeichnungen, die sich zugleich auf das weibliche, männliche oder diverse Geschlecht beziehen, generell nur in der im Deutschen üblichen männlichen Form angeführt, also z. B. "Beobachter" statt "BeobachterInnen", „Beobachter*innen“ oder "Beobachter und Beobachterinnen". Dies soll jedoch keinesfalls eine Geschlechterdiskriminierung oder eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes zum Ausdruck bringen.

Rechtsvermerk:

Das Werk ist einschließlich aller seiner Inhalte, insbesondere Texte, Fotografien und Grafiken urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der ecoda GmbH & Co. KG unzulässig und strafbar.